

Zwanzig Jahre Neue Richtervereinigung

Ansprache auf der Mitgliederversammlung in Erkner am 2. März 2007

von Klaus Beer

Ich nehme das rote Buch der Lyrikerin Elisabeth Borchers und lese das „Gedicht für den Anfang“:

*Gedichte sollen geschrieben werden
für euch
eigens für euch
weil ihr so jung seid
und wichtig.
Schon wieder eine neue Generation.*

*Gedichte für den Aufbruch und
Ausbruch
weil ihr noch jung seid.
Noch seid ihr sehr jung.
Gedichte
die zeigen worauf es ankommt.
Gemeint ist das Leben
mit Frage und Antwort darauf.*

*Aber das weiß ich nicht,
weiß es nicht mehr.
Und alles ist anders.
Seht euch doch um.
Und vergleicht's mit mir.
Doch wozu.*

Von mir wird womöglich erwartet, den Blick auf den Rückspiegel zu richten.

Die Kenntnis der Saga von der Vor- und Frühgeschichte der Neuen Richtervereinigung setze ich einfach voraus. Nur soviel: Zwanzig Jahre Neue Richtervereinigung ist formell richtig, doch die Gründung im Dominikanerkloster in Frankfurt am Main glich nicht einer Geburt, sondern dem Eintritt der Volljährigkeit. Mehrere Dutzend Richter und Staatsanwälte hatten schon Justizerfahrungen gesammelt und waren nun gründungsfähig geworden. Zu unseren Lehrmeistern hatten die französischen und italienischen Richtervereinigungen gehört. Das Syndicat de la Magistrature auf seinen Kongressen im Palais de Justice auf der Pariser Ile de Cité, abends Wein und Gesang in der Conciergerie. Und die Magistratura Democratica auf den Konferenzen in ganz Italien von Pisa bis Palermo und bei den Sitzungen des Consilio Superiore della Magistratura im Palazzo dei Mercatelli in Rom an der Piazza di Indipendenza. Überall war Christoph Streckers Genie für romanische Sprachen wichtig! Wir hatten dann unsere offenen Richterratschläge, die Zeitschrift „Betrifft JUSTIZ“ und als Berufsorganisation die Neue Richtervereinigung. Wir hatten un-

sere justizpolitische Konfession; deren Essentialien waren:

Erstens: die Hierarchiekritik. Wir verlangten die Unabhängigkeit für jeden einzelnen Richter, und dazu gehörte die Forderung, das Beförderungssystem abzuschaffen. Und die Richterwahl durch parlamentarische Richterwahlausschüsse in allen Bundesländern mit Beteiligung auch der Richter. Und die Selbstverwaltung der Gerichtsbarkeiten statt der Lenkung durch Ministerien. Und die Befreiung der Staatsanwälte von externen Weisungen. Der Vergleich unserer Justiz mit der italienischen hatte uns zu diesen konkreten Zielen verholfen.

Sodann: der Anspruch für die Justiz als Dritte Staatsgewalt: Die Justiz muss es ideell mit jeder anderen Gewalt im Staat und Macht in der Gesellschaft aufnehmen können, bis hin zur Bewährung auch gegen ganze politisch-industrielle Komplexe in unserer Republik, wenn es etwa um die rechtliche Bewertung weitreichender Akte von Regierungen oder Großfirmen geht. Und dafür müssen auch die materiellen Voraussetzungen gesichert sein.

Schließlich: der Zusammenhang unseres gemeinsamen Lebens und Arbeitens in der Justiz mit den in der Gesellschaft laufenden Emanzipationsbewegungen, mit einem Netz gegenseitiger Beratung und Hilfe.

In Italien war und ist das alles zeit- und teilweise Wirklichkeit. Die dortige Justiz hat die katastrophalen Untergründe der italienischen Politik aufdecken können. Regine Igel hat es in ihrem Buch „Terrorjahre“ für uns beschrieben.

Wir Gründer hatten eine Lebensperspektive des Ausscherens aus dem Karrierestreben. „Sine spe ac metu“ sagte Horst Häuser, ohne persönliche Erwartungen und Ängstlichkeiten wollten wir uns in der Justiz bewegen. Diese Lebenshaltung gab uns die Stärke, oppositionelle Forderungen zu formulieren und in der Justiz und politischen Öffentlichkeit zu verkünden. Die Forderungen schienen für Deutschland phantastisch wie ein Roman. Wilhelm Genazino beschrieb seine Romanfiguren als „in einer Art öffentlichem Exil; ihre Mitteilungen werden im geschäftigen Zentrum kaum noch verstanden. Dabei gehört ihr Sprechen mehr denn je zur progressiven Universalpoesie: wer nicht verstanden wird, spricht aus der Mitte dessen, was noch zu sagen sein wird.“ Ähnlich die Konfession von uns jungen Richtern: zugleich utopisch und aktuell.

Was an dieser Justizkonfession ist überholt, was sollte noch gelten?

Was ist verschlissen oder relativiert? Wenn Forderungen im Lauf der Zeiten nicht erfüllt werden, wandeln sie sich zwangsläufig mit den sich wandelnden Menschen. Längst sind die Lebensperspektiven anders, wir haben Präsidenten und Ministeriale unter uns und wir haben die Konsequenzen daraus in den ehemals fürstlichen Häusern des Gustav-Stresemann-Instituts in Medingen, Bad Bevensen, im Jahr 2001 ausgiebig geprüft, kontrovers. Wir tragen die Mitglieder, die in Beförderungssämtern kamen, haben aber besondere Erwartungen an sie.

Und nicht alle von uns können, müssen, sollen oder wollen sich den Aufstiegsprozeduren ausliefern. Und wie steht es mit den anderen genannten Ausgangsperspektiven der Neuen Richtervereinigung? Und dem Zustand der Gesellschaft um

uns herum? Ich springe zunächst von der Gründung zum zehnten Jubiläum.

Beim zehnten Jubiläum der Neuen Richtervereinigung hatten wir in Heidelberg in der schönen Stadthalle als ersten Festredner den trefflichen Juristen und Journalisten Heribert Prantl bei uns. Er fragte sich und uns: Was hat die Rechtspolitik in Deutschland in den vergangenen zehn Jahren, seit Gründung der Neuen Richtervereinigung also, geleistet? Er zählte auf: Das Vorhaben einer großen Verfassungsreform vor und nach der Wiedervereinigung mit mehr Bürgerrechten, mehr Demokratie, mehr Mitsprache ist ad acta gelegt. Das Asylrecht wurde fast ganz beseitigt, und die Politiker staatstragender Parteien haben als Begleitpropaganda die Feindbilder entworfen, auf die sich dann der rechtsradikale Mob mit Überfällen, Morden und Brandstiftungen warf. In den letzten zehn Jahren, fuhr er fort, begann der Gesetzgeber noch vorhandene Tabus zu brechen und der Polizei und den Geheimdiensten die bis dahin noch verschlossenen Türen zu öffnen, die Verwanzung der Grundrechte begann, sie führte bekanntlich hin zum

Lebensperspektive des Ausscherens aus dem Karrierestreben

großen Lauschangriff. Die wahre Verfassungsreform der Jahre 87 bis 97 sah Prantl so: peu à peu trat an die Stelle der alten Grundrechte ein einziges neues: das Grundrecht auf ungestörte Investitionsausübung. In den vergangenen Jahren, sagte Prantl, ist eigentlich alles eher schlimmer geworden. Die Realität übertrifft noch die Befürchtungen von 1987. Er habe ursprünglich nur dies sagen und von Resignation sprechen wollen, sagte Prantl, aber er habe dann doch sein Zeitbild geändert, sagte er. Nämlich: Der Widerstand von Wackersdorf und Gorleben gehöre in das Zeitbild hinein, tröstete er sich und uns, und der lange Atem, mit dem die Bürgerbewegung die Atomindustrie bremste. Und was für eine Bürgerbewegung gilt, das gilt auch für eine Richterinnen- und Richterbewegung, fuhr er fort. Wenn zehn Jahre nicht genügt haben, um eine Politik der Entrechtung des Rechts, der Entdemo-

kratisierung und Entsolidarisierung zu stoppen, dann müssen es eben zwanzig werden, rief er uns zu. Die Neue Richtervereinigung ist ein David, sagte der Festredner, aber David begann damit, sich nicht einschüchtern zu lassen vom Gebrüll und Geschrei des Goliath. Auch für die Richterbewegung gelte es, Widerstand zu leisten gegen das Schlagen von Gerechtigkeitslücken, und dann ging Prantl von David und Goliath über zum Grimmschen Märchen von Hühnchen und Hähnchen, dem Mühlstein, der Ente und Nähnaedel und Stecknaedel: jeder dieser Kleinen setzte im dichten deutschen Wald seine Mittel ein und sie besiegten zusammen den großmächtigen Herrn Korbes und eroberten sein Haus! Ähnliches erwartete und erhoffte der Festredner auch von uns Hühnchen und Hähnchen, Nähnaedeln und Stecknaedeln!

Wir sind ein Jahrzehnt weiter, und wie steht's mit dem demokratischen und sozialen Rechtsstaat, diesem Gebäudekomplex, zu welchem die Gerichte gehören? Gab es positive Reformen, schritten wir von der Resignation zur Zuversicht, etwa dank sieben Jahren Rot-Grün oder einer reformfähigen Großen Koalition? Statt eines bloßen „Ja“ oder „Nein“ oder „teils – teils“ schleudere ich ein paar Kürzel wie eine Explosion hinaus.

Der Ausgang der Strafprozesse gegen Ackermann und die anderen Mannesmann-Manager und gegen den VW-Personalvorstand Hartz ist ein Signal für den Zustand der Justiz. Die Gerichte sind zu mager, um es mit den Mächtigen der Wirtschaft aufzunehmen. Es wird an ihnen gespart, das Personal wird immer noch weiter gekürzt, ich möchte eigentlich meinen: mit Billigung der Folgen. So überrascht es nicht, dass die Strafjustiz sich den Deal als Ausweg um komplizierte Wirtschaftsprozesse herum angewöhnt hat. Womöglich finden immer mehr Menschen und Organisationen den Deal sogar vorteilhaft, denn mit den Erlösen des Freikaufs der Mächtigen wird ja auch eine Klientel von Begünstigten geschaffen. 363 soziale Organisationen erhielten nach dem Deal mit Ackermann Anteile von den Geldauflagen, von der Aidshilfe über die Rettungshunde bis zu den Stotterern. Die 600 weiteren Interessenten, die nicht zum Zuge kamen, können auf Siemens hoffen. Das Übel verschwindet nicht, wenn der Ablauf des sogenannten

Handels mit der Gerechtigkeit gesetzlich geregelt wird, und sonst bleibt in der Justiz alles wie bisher. Vielleicht ist es ein Zufall, dass sich unter dem Namen Hartz zwei Missstände aufpipfeln, aber es ist ein sehr sinnreicher Zufall. Den Lebensgütern, die das Hartz-Sozialrecht den Hartz-Verlierern verweigert, steht die Großzügigkeit des Personalchefs Hartz seiner anderen Klientel gegenüber und die Großzügigkeit des Gerichts gegenüber Hartz. Die Menschen im Lande lernen daran, dass es zweierlei Recht gibt. Jeder denkt das, und man macht sich dabei ein zutreffendes Bild der Ausübung der Staatsgewalt.

Der Staat wird eine gemischt private und staatliche Firma. Es sollen Gefängnisse privatisiert werden, das geht die Richter direkt an, ist aber noch das kleinste Phänomen. Schauen wir nach weiter oben! Die Ministerien vergeben in ihren Abteilungen Aufgaben zur Erledigung an potente Interessenten. Zur Zeit sind – wie es heißt – hundert Vertreter der Wirtschaft Mitarbeiter im Kanzleramt und den Bundesministerien. Im Finanzministerium arbeiten die Deutsche Börse AG und die Öffentlichen Banken an der Reform des Kreditwesens. Im Auswärtigen Amt sind die Lufthansa, die Firma Siemens und der Energiekonzern EON am Werk. Im Wirtschaftsministerium sitzt die Chemieindustrie und der Maschinenbau, und so weiter. Nicht zu vergessen das schon lange gewohnte Hin- und Herpendeln von Ministern und hohen Ministerialbeamten zwischen Regierungen und Großwirtschaft. Das heißt: erstrebt wird nicht mehr eine volle Kompetenz des Staates. Wirtschaftspolitik ist immer weniger die demokratisch fundierte Gestaltung eines gesellschaftlichen Geschehens, sie wird immer mehr ein dem Bürger fremdes, sich anders regelndes System.

Eine andere bemerkenswerte gegenseitige Durchdringung tritt hinzu: zwischen der Staatsverwaltung und verfassungsfeindlichen Gruppierungen. Die NPJ und andere ähnliche Gruppierungen werden mitgesteuert von Personal, das gleichzeitig für den Staat arbeitet. Im Gegenzug übernimmt die Politik autoritäre Methoden, zum Beispiel Kampagnen gegen den Übertritt von Bürgern zum Islam, Aktionen gegen den Bau

von Moscheen, demonstrativ erbarungslose Abschiebungen unter Ausnutzung fremdenfeindlicher Stimmungen, Hetze gegen faule „Schmarotzer“, die nicht Spargel stechen wollen, immer neue Folgen bloß symbolischen Politikersatzes auf Kosten von irgendwelchen missliebigen Leuten, und das alles treibt unzufrieden werdende Wähler in die Wahlenthaltung oder jetzt schon zu den Rechtsextremen. Ein großes Reservoir von Nichtwählern ist für irgendwen schon da. Warum werden die Möglichkeiten der wehrhaften Demokratie wie das Parteiverbot nicht benutzt? In meinem Landkreis Böblingen versammelten sich hunderte von Rechtsextremen um einen wegen Volksverhetzung bereits bestraften Liedermacher. Sie hielten den Versammlungsort geheim, und das tat auch die wohlunterrichtete Polizei. Sie kesselte aber ein paar aufmerksame Gegendemonstranten ein und transportierte sie fort an einen anderen Ort. Was soll nun sein: wehrhafte Politik und/oder wehrhafte Bürger oder am Ende keines von beidem? Ich bin versucht es so zu beschreiben: Das politische System richtet sich auf die Dauerexistenz eines zunehmend kooperativen Rechtsextremismus ein und nimmt ihn in sich auf.

Verfassung mit der modernsten Staatssicherheit

Vom Landkreis zum Weltkreis, unsere Aufmerksamkeit urbi et orbi zugewendet! Die Instrumente für die Beaufsichtigung der Menschen sind republik- und weltweit da. Die große Weltmacht führt Kriege und schafft sich und uns dadurch Feinde, vor denen wir dann geschützt werden müssen. Jeder kann ein feindlicher „Schläfer“ sein oder werden. Deshalb ist das klassische Polizeirecht mit den Begriffen Verdacht, Tat, Reaktion und offener Eingriff nichts als eine romantische Erinnerung. Die Geheimdienste schauen mit den modernen technischen Mitteln in alles hinein: optisch, akustisch, elektronisch, du merkst es gar nicht, und alles kann zwischen den Diensten und international ausgetauscht werden. Die Wirtschaft ist für Rasterfahndungen dienstbereit, wo es sich als praktisch erweist, so die Fluglinien, die Kreditinstitute und wer sonst noch alles.

Flensburg, das Mautsystem, der biometrische Pass, das Bewegungsprofil der Handys, die Gesundheitskarte, die Fotosammlungen auf unseren PCs, alles wird ergriffen werden oder ist bereits heimlich im Griff. Die Stasimethoden mit IMs, Briefzensur, Eindringen in Wohnungen, Geruchsspeicherungen sind technisch überholt und überflüssig. Der prämierte Abschreckungsfilm „Das Leben der anderen“ zeigt ein veraltetes Spitzelsystem, der Film kann heutige Menschen in eine trügerische Sicherheit wiegen, denn wir sind längst weiter! Wenn das Ausspionieren zum Zugriff reizt und das Polizei- und Gerichtsrecht nicht ausreicht, entführt die Weltmacht Leute in ferne Länder und steckt sie dort in Gefängnisse und Lager. Unsere staatlichen Dienste fahren ihnen dorthin nach und verhören sie oder übernehmen fremde Verhörergebnisse, mit oder ohne Folter. Wir müssen wohl davon ausgehen, dass das vielfach geschieht und nur ausnahmsweise ruchbar wird. Freilich, Staatsanwälte und Richter können ausnahmsweise zuweilen zugreifen. Und das Bundesverfassungsgericht tut sein Möglichstes. Aber bis eine Sache dorthin gelangt, laufen die Dinge ungeregelt. Und wer wird denn glauben, dass es im letzten Jahr nur die gemeldeten 37 Lauschangriffe gegeben hat? Der ganze Komplex, gedanklich so groß wie Kontinente, ist für die Justiz gar nicht mehr fassbar. Die Technik und der Verfall der Kontrolle, auch durch Minister, überholt die Demokratie, und die meisten Menschen fühlen sich womöglich dabei wohl und sicher. Wer immer die Staatsgewalt in die Hände bekommen wird: Er findet für eine Diktatur gut geeignete Instrumente vor.

Was nun?

Aus der, wie man gern sagte, freiheitlichsten Verfassungsordnung, die Deutschland mit seinem Grundgesetz je hatte, wird seit geraumer Zeit die Verfassungsordnung mit der modernsten Staatssicherheit, die Deutschland je hatte. Das Regelverhalten der Menschen, die in der Justiz arbeiten, wird es vielleicht sein, sich einfach dreinzufinden und auf ihrem begrenzten Berufsfeld reibungslos zu funktionieren. Wie weit werden wir in unserer Neuen Richtervereinigung uns damit abfinden? Was wird das „Neue“ an unserer Vereinigung in Zukunft sein? „Neu“ bedeutete uns Gründern: Wir heben uns ab von den alten

konservativen Standesvereinigungen der Richter und Staatsanwälte. Ein Stachel gegen sie war die Bezeichnung „neu“. Sie kann aber auch ein Stachel gegen eigenes Zurückfallen und Versagen werden. Genügt das alte „Neue“ von vor zwei Jahrzehnten noch? Sind wir nicht als kritische Richter und Staatsanwälte, ist nicht die Justiz als ganze, als Staatsgewalt, auf eine drückendere Art und Weise bedroht, als wir es uns vor 20, 30 Jahren vorstellen konnten?

Nicht wenige von uns mühen sich nach Kräften dort, wo sie wirken, auf ihre Art, mit ihren Mitteln. Etwa: Unser Sozialrichterkollege Jürgen Borchert mit seinen gründlichen juristischen und politischen Kritiken an der dauernden rechtlichen Benachteiligung von Familien mit Kindern und an der Umverteilung von unten nach oben, aber er findet wenig Aufmerksamkeit beim Gesetzgeber, und die hohen Sozialrichter tun wenig oder gar nichts dazu. Ein anderer unter vielen Jürgen, der Rudolph von der Mosel, ein praktischer Typ, erfindet sinnreiche Kooperationen zur Regelung von Familienkonflikten, hilft vielen dadurch, man kann also in unserem Beruf im eigenen Wirkungskreis manches ausrichten. Pe-

ter Vonnahme sodann hat den Sprung vom Verwaltungsrichterleben zur Bürgerbewegung getan, welche den ökologisch wertvollen städtischen Frauenwald von Landsberg am Lech vor dem Verkauf und der Abholzung durch ein riesiges neues Sägewerk retten wollte. Er und seine Mitstreiter brachten es fertig, das schädliche Unterfangen einstweilen von den Verwaltungsgerichts-Instanzen bremsen zu lassen. Schon triumphierten sie: sie vermerkten, „dass sich die Gerichte gezeigt hatten als unabhängige Gewalt, die ihre Arbeit unbeeindruckt von den Machtspielen der Politik und der Servilität der Behörden sowie von den breiten Schultern des Großkapitals verrichtet“. Das war ja beinahe wörtlich unser ursprünglicher Anspruch an die Justiz! Aber letztlich unterlagen die Bürger mitsamt unserem Bürgerrichter im Hauptverfahren der rasch und listig nachplanenden Stadt Landsberg und der rechtlichen Schutzlosigkeit der Naturgüter. Was sie wussten: der bayerische Staat in Form der kürzlich privatisierten, wie man sagt outgesourceten, Staatsforsten war der hilfreiche heimliche Groß-Geschäftspartner des mächtigen Sägewerks. Ein Lehrstück also spielte sich ab über den Zusammenhang zwi-

schen der Schwäche des Rechtsschutzes für die Naturgüter einerseits und der staatlichen Wirtschaftspolitik auf der anderen Seite – das ist ja unser Thema!

So können wir die verschiedenen Möglichkeiten, wie sich Richter einbringen, durchgehen, viel mehr Handlungsvarianten noch als die genannten drei. Von jedem der beteiligten Richter möchte man sagen: „Dein Richterleben hat sich für die Gesellschaft gelohnt“. Und doch bleibt die Frage nach dem Ganzen – ob wohl die Justiz dazu beitragen kann, das große Ganze vom Irrweg abzubringen. Was ergäbe sich für uns daraus, wenn wir das bezweifeln müssten, wir Hühnchen und Hähnchen? Bevor wir verzweifeln, noch einmal ein Blick in das rote Lyrikbuch:

*Drei Dinge noch seien gesagt:
Zum ersten gibt's schon Gedichte
zum zweiten die müsst ihr euch finden
zum dritten schreibt sie euch selbst.
Wenn es hart auf hart kommt.
So kommt's
Und ihr mal allein seid.
Das kommt.
Und dann kommt rüber
Das wird eine Freude.*

200. Geburtstag von Honoré Daumier (1808 – 1879)



Im Jahr 2008 gilt es, den 200. Geburtstag (*26.2.1808) von Honoré Daumier zu feiern, der wie kein anderer das Bild von den Juristen geprägt hat. Anlässlich dessen bietet sich insbesondere für Juristen an, sich mit seiner Aktualität und Bedeutung zu befassen.

Daumiers Bilder sind von so einzigartiger Qualität, dass mit ihnen gewissermaßen „alles“ über Juristen gesagt ist, was man über sie bis zum Ende des 19. Jahrhunderts sagen kann. Aber Daumier bleibt in der Folge nicht allein. Erinnerung sei nur an George Grosz, der mit „Stützen der Gesellschaft“ visionär nicht nur das kommende Übel des Faschismus sichtbar macht, sondern vor allem die Rolle der Justiz darin.

Auch nach dem 2. Weltkrieg bleibt die Struktur der Justiz bis in die 80er Jahre veraltet. Kritik daran ist grafisch schwerer zu vermitteln als in Romanen oder Filmen. Um Kritik glaubwürdig zu machen, bedarf es ja nicht nur guten Willens, sondern auch Durchblicks und handwerklichen Könnens – Eigenschaften, die wir in den Werken von Kurt Halbritter, Walter Hanel oder A. Paul Weber und nicht zu letzt in F. K. Wächters Illustrationen des Grundgesetzes finden.

Meine Intention zielt dahin, Daumier einen würdigen Geburtstag zu organisieren. Dies könnte geschehen durch eine Ausstellung mit „seinen“ Juristen und zeitgenössischen künstlerischen Reflexionen über Justiz in einer Ausstellung – verbunden mit einer Lektüre des Werks Daumiers selbst, seiner Bedeutung für das Ethos der Juristen heute und die künstlerischen Reflexionen im Anschluss an Daumier. Im Mai 08 könnte in Berlin ein Symposium zu diesen Themen stattfinden, in dem diese mit Hingabe und Sachverstand, wenn möglich mit Experten aus dem In- und Ausland erörtert werden.

Wenn auch SIE an diesem Vorhaben Gefallen finden und Ideen dazu beitragen wollen, freue ich mich, mit Ihnen ins Gespräch zu kommen:

philipp.heinisch@t-online.de oder www.daumier200.de

Philipp Heinisch